

13.12.2011

Antrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen Ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus in NRW auflegen

I. Der Landtag stellt fest:

In NRW gibt es ein breites zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz, gegen antidemokratische Bestrebungen und das Ausbreiten rechtsextremer Strukturen. In den vergangenen Jahren sind überall im Land Bürgerinnen und Bürger mit vielfältigen und friedlichen Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche und gegen rechtsextreme Aktivitäten auf die Straße gegangen. Der Landtag NRW begrüßt dieses Engagement ausdrücklich.

Jedoch sind demokratiefeindliche, rechtsextreme und rassistische Einstellungen auch in NRW vorzufinden. Obwohl die Parteien der extremen Rechten bei den Landtags- und Bundestagswahlen zuletzt in NRW keine überdurchschnittlich hohen Erfolge erreichen konnten, bleiben die engen Verzahnungen dieser Parteien mit der rechtsextremen Szene, zu der auch militante Gruppierungen gehören, sowie die Verbreitung rechtspopulistischer Tendenzen eine Gefahr für unsere Demokratie.

In den letzten Jahren sind aus NRW heraus Organisationen und Gruppierungen, die einen rechtspopulistischen antiislamischen Kulturrassismus vertreten, hervorgegangen. Pro NRW, die „Bürgerbewegung Pax Europa“ und die Internetplattform „politically incorrect“ sind hierbei die zentralen Akteure. Diese neuere Form des Kulturrassismus dient der extremen Rechten als Erneuerung und Triebfeder, macht zudem auch rechtsextreme Gedanken salonfähig. Antimuslimische Diskurse dienen dabei nicht nur rechtspopulistischen, sondern inzwischen auch rechtsextremen Parteien und Gruppen als Modernisierungsstrategie.

Dass Rassismus und Rechtsextremismus keine gesellschaftlichen Randphänomene sind, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommen, bestätigen die wissenschaftlichen Studien der letzten Jahre. So auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise“, in der festgestellt wird, dass rassistische, antisemitische und islamfeindliche Einstellungen weiterhin hohe Zustimmungswerte in allen gesellschaftlichen Gruppen finden.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Erkenntnisse zur rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die gezielt neun Menschen

Datum des Originals: 13.12.2011/Ausgegeben: 13.12.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

mit Migrationshintergrund und eine Polizistin ermordete und mehrere Banküberfälle und Sprengstoffanschläge verübte, zeigt sich, wie hoch die Gewaltbereitschaft der militanten rechtsextremen Szene ist. Der NSU war auch in NRW aktiv. Eines der Mordopfer der NSU, Mehmet Kubasik, lebte in Dortmund. Der Sprengstoffanschlag vom 9. Juni 2004 in der Kölner Keupstraße, bei dem 22 Menschen verletzt wurden, und ein Sprengstoffanschlag in der Kölner Innenstadt vom 19. Januar 2001, bei dem eine 19-Jährige Deutsch-Iranerin schwer verletzt wurde, sind der NSU zuzuordnen. Ob der Sprengstoffanschlag vom 27. Juli 2000 an der S-Bahn Haltestelle Düsseldorf-Wehrhahn, bei dem 10 jüdische Aussiedlerinnen und Aussiedler verletzt wurden, ebenfalls von der NSU verübt wurde, wird zurzeit noch geprüft. Die Kaltblütigkeit, das systematische Vorgehen bei den Morden und Anschlägen gibt großen Anlass zur Besorgnis.

In der rechtsextremen Szene in NRW stechen besonders die Freien Kameradschaften und die sogenannten Autonomen Nationalisten, die vorwiegend in der Regionen um Dortmund, Aachen, Wuppertal, Köln und Leverkusen aktiv sind, durch eine stetig steigende Gewaltbereitschaft hervor. Sowohl aus Dortmund als auch aus dem Aachener Umland sind Fälle bekannt, in denen Bürgerinnen und Bürger von Rechtsextremen regelrecht verfolgt und bedroht werden. Der Fund eines selbstgebastelten Sprengkörpers bei einem Angehörigen der Kameradschaft Aachener Land sowie der Angriff mehrerer Hundert militanter Neonazis auf die zentrale Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai 2009 in Dortmund dokumentieren die neue Qualität der Gewaltbereitschaft dieser Szene und ihren Organisationsgrad. Ebenso Besorgnis erregend ist die gezielte Werbung der rechtsextremen Parteien NPD und Pro NRW sowie von Autonomen Nationalisten auf Schulhöfen in NRW. Hierbei ist auch die Jugendarbeit extremer rechter Parteien und Organisationen nicht zu unterschätzen. Ein regionales Zentrum des rechtsextremen und völkisch ausgerichteten Vereins „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ), der im Jahr 2009 verboten wurde, war Ostwestfalen. Auch nach dem Verbot ist mit weiteren Aktivitäten rechtsextremer Organisationen, wie der völkischen Unterorganisation „Interessensgemeinschaft Fahrt und Lager“ des Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“ der NPD, zu rechnen.

Im Land NRW sind bereits gute Grundlagen zur Bekämpfung und Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorhanden. Die Landeszentrale für politische Bildung bietet bereits verschiedene Fortbildungsangebote und Publikationen zur Stärkung demokratischer Diskurse an und fördert unterschiedliche Projekte in den Bereichen politische Bildung und Erinnerungskultur. Darüber hinaus existieren u.a. mit den mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, den im Aufbau befindlichen Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt, dem AussteigerInnenprogramm des Landes, dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung NRW, der Forschungsstelle Rechts-extremismus/Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, den Projekten „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“ sowie der Aufstockung des Landesjugendplans notwendige Bausteine, um den rassistischen und rechtsextremen Einstellungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Nicht zuletzt machen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft stark. Bisher fehlt es jedoch an einem integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, welches die bisherigen Projekte koordiniert.

II. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- Ein integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung NRW zu erstellen. Einbezogen werden sollen dabei das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW“, wissenschaftliche Expertinnen und Experten sowie weitere Akteurinnen und Akteure in diesem Themenfeld.
- Dem Landtag regelmäßig über den Fortgang des Handlungskonzepts zu berichten.
- Dem Landtag bis spätestens Ende 2012 das erarbeitete Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus zur Diskussion und Verabschiedung durch den Landtag NRW vorzulegen.

Norbert Römer
Marc Herter
Prof. Dr. Rainer Bovermann

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Verena Schäffer

und Fraktion